

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	19
A. Die Bedeutung von Verfassungsgerichtsbarkeit als Sicherungsinstrument moderner Verfassungen .....	19
B. Derzeitiger Forschungsstand .....	21
C. Übersicht/Thematische Eingrenzung .....	22
 Hauptteil .....	 25
A. Verantwortlichkeit von Ministern und Abgeordneten in Württemberg von 1815 bis 1918 .....	25
§ 1 Geschichte der Verantwortlichkeit von Ministern und Abgeordneten .....	25
I. Ministeranklage .....	25
II. Abgeordnetenanklage .....	35
§ 2 Theoretische Grundlage der Ministerverantwortlichkeit .....	36
I. Theorienstreit über das Wesen und den Zweck der Ministerverantwortlichkeit/Grundlagen .....	37
1) Prinzip der Gewaltenteilung .....	37
2) Prinzip der monarchischen Selbstregierung .....	40
3) Prinzip der schlechten Beratung der Krone durch die Minister.....	44
4) Prinzip der Verteidigung der Volksrechte (von Mohl) .....	46
5) Unverantwortlichkeit des Monarchen und Verantwortlichkeit der Minister als „moderne Theorie“ .....	48
a) Unverantwortlichkeit des Monarchen .....	48
b) Verantwortlichkeit der Minister als bedingungsnotwendiges Korrektiv .....	51
aa) Gegenzeichnung und ihre Bedeutung im konstitutionellen Staat .....	52
bb) Demissionsrecht der Minister .....	54
c) Jederzeitiges Entlassungsrecht des Monarchen .....	55
6) Abweichende Erklärungsversuche, um die Verantwortlichkeit der Minister zu rechtfertigen .....	56

II.	Frage nach der Vereinbarkeit von Ministeranklage und konstitutioneller Monarchie .....	56
III.	Formen der Verantwortlichkeit .....	59
	1) Allgemeine Verantwortlichkeit .....	59
	a) Strafrechtliche Verantwortlichkeit .....	60
	b) Privatrechtliche Verantwortlichkeit .....	60
	2) Staatsrechtliche Verantwortlichkeit .....	60
IV.	Rechtliche Natur des Staatsgerichtshofes und der Ministerverantwortlichkeit .....	61
	1) Strafrechtliches Sondergericht mit Beschränkung auf politisch einflussreiche Personen .....	61
	a) Literatur bis 1871 .....	61
	b) Literatur nach 1871 .....	62
	c) Einfluss der Reichsgesetzgebung auf den Gang der Diskussion .....	63
	d) Zustimmung und Kritik an strafrechtlicher Theorie ...	67
	2) Disziplinarbehörde/ Politische Disziplinarverfahrensbehörde .....	69
	a) Literatur bis 1871 .....	69
	b) Literatur nach 1871 .....	70
	3) Staatsrechtliches Strafverfahren .....	73
	4) Staatsrechtliches Gericht .....	74
	a) Literatur bis 1871 .....	74
	b) Literatur nach 1871 .....	75
	5) Denken in Schubladen als Problem der Entscheidungsfindung .....	76
§ 3	Entwicklung der Verantwortlichkeit bis 1805 und in den Verfassungsentwürfen von 1815 bis 1817 .....	78
I.	Entwicklungsgeschichte in Württemberg .....	78
II.	Verfassungsentwürfe aus den Jahren 1815 bis 1817 .....	82
	1) Der königliche Verfassungsentwurf von 1815 .....	82
	2) Der ständische Verfassungsentwurf von 1816 .....	84
	3) Der königliche Verfassungsentwurf von 1817 .....	87
III.	Verhandlungen der konstituierenden Ständeversammlung im Jahr 1819 .....	91
§ 4	Regelungen zur Verantwortlichkeit in der Verfassung von 1819 .....	91
I.	Die für Entscheidung über Ministeranklagen geeignete Institution .....	92
	1) Erste Kammer .....	93
	2) Höchstes ordentliches Gericht eines Landes .....	94

3)	Staatsgerichtshof .....	96
4)	Besondere Gerichte/Einzelfrichter .....	97
II.	Besetzung des StGH .....	99
1)	Charakteristik des StGH als stehende Behörde .....	100
2)	Besetzung des StGH im Einzelnen/ Verfassungsmäßige Vorgaben und Beschränkungen .....	101
a)	Die Rechts-Gelehrten unter den ständischen Mitgliedern .....	102
b)	Eigenschaften der vom König ernannten Mitglieder des StGH .....	103
c)	Eigenschaften nach §§ 134, 135 VU .....	104
d)	Kritik an der Besetzung/Beschränkung des Personenkreises .....	107
e)	Problematik des verfassungswidrigen Verhaltens der Richter .....	108
3)	Einfluss auf andere Länder .....	109
III.	Zulässigkeit/Formelle Voraussetzungen der §§ 195, 199 VU .....	109
1)	Klageberechtigte und Art der Anklage .....	109
a)	Regierung .....	110
b)	Stände .....	110
aa)	Selbständige Anklagemöglichkeit jeder Kammer .....	114
bb)	Klageerhebung zum Zeitpunkt der Nichtversammlung der Stände .....	116
c)	Frage nach dem Anklagerecht einzelner Bürger .....	116
2)	Klagegegner .....	118
a)	Minister und Departmentchefs (§§ 51, 52 VU) .....	118
aa)	Der Geheime Rat .....	119
bb)	Das Staatsministerium .....	120
cc)	Organisation der Ministerien .....	121
b)	Die übrigen Staatsbeamten/Andere Staatsdiener (§ 53 VU) .....	122
aa)	Amtskörperschaften, Gemeinde- und Kooperationsbeamte, Kirchendiener .....	122
bb)	Reichsbeamte .....	123
cc)	Zustimmung und Kritik an der Ausdehnung der Passivlegitimierten .....	124
c)	Die sämtlichen Mitglieder der Ständeversammlung ...	126
aa)	Bedeutung des § 185 .....	127

bb)	Bedeutung garantierter Privilegien für Mitglieder der ersten Kammer .....	129
cc)	Modifikation des § 185 VU/Diskussion um ein Ende des Anklagerechtes .....	130
dd)	Meinungen zum Anklagerecht gegen Ständemitglieder .....	131
d)	Die Mitglieder des ständischen Ausschusses .....	132
e)	Die höheren Beamten der Ständeversammlung .....	133
f)	Anklagerecht gegen nicht in der VU erwähnte Personen .....	134
g)	Die Frage nach der Zulässigkeit der Klage trotz Beendigung der Amtszeit .....	135
aa)	Befürworter der Zulässigkeit .....	135
bb)	Unzulässig .....	136
cc)	Entscheidung des Staatsgerichtshofs .....	137
h)	Verjährung des Anklagerechtes .....	138
i)	Einfluss von Vertagung/Entlassung und Auflösung ..	138
j)	Verzicht auf eine Anklage durch die Volksvertretung ..	139
k)	Verantwortlichkeit eines nicht gegenzeichnenden Ministers .....	140
l)	Weitere Fallbeispiele .....	141
IV.	Begründetheit/Materielle Voraussetzungen der §§ 195, 199 VU .....	142
1)	Begriff der Verfassung .....	143
a)	Verletzung der Reichsverfassung durch einen württembergischen Minister .....	143
b)	Gefährdung von Wohlfahrt und Interessen des Staates .....	145
2)	§ 195 S. 2 Alt. 1 VU/Verständnis von Unternehmungen .	145
3)	§ 195 S. 2 Alt. 2 VU/Verletzung einzelner Punkte .....	149
a)	Seit dem Bestehen ergangene verfassungsmäßige Gesetze .....	149
b)	Juristische Verantwortlichkeit ohne Verletzung eines Rechtssatzes .....	152
4)	Begriff der Verfügungen/Verantwortlichkeit .....	155
a)	Definitionsversuche .....	155
b)	Differenzierung innerhalb der in § 51 VU genannten Verfügungen .....	159
aa)	Der zur Ernennung und Entlassung ausgesprochene königliche Erlass .....	159

	bb) Thronentsagungspatent des Königs .....	161
	cc) Begnadigungen/Abolitionen .....	162
	dd) Verleihung von Titeln sowie die Errichtung und Verleihung von Orden und Ehrenzeichen .....	164
	ee) Militärische Dienstbefehle des Königs .....	165
	c) Erforderlichkeit der Schriftform .....	166
5)	Die Diskussion des Verschuldensgrades bei § 195 VU ....	167
6)	Positives Tun und Unterlassen bei § 195 VU .....	169
7)	Strafbarkeit des Versuchs .....	170
8)	Privathandlungen als Fälle von § 195 VU .....	171
9)	Verantwortlichkeit der übrigen Staatsdiener nach § 53 VU .....	172
V.	Zum Verfahren .....	174
1)	Gang der Einberufung .....	175
2)	Auseinandersetzung um die Verfahrensart in Anbetracht des reformierten Strafprozesses .....	175
	a) Untersuchungs-/Inquisitionsprozess .....	175
	b) Gemischtes Anklageverfahren mit Schwerpunkt- setzung auf dem reformierten Strafprozess .....	177
3)	Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens/ Druck der Protokolle .....	179
4)	Auftretende Parteien während des Prozesses .....	180
5)	Wirkung der Klageerhebung auf Tätigkeit des Ministers/Notwendigkeit einer Vorprüfung .....	181
	a) Suspension mit Annahme der Klage durch Gerichtshof .....	181
	b) Suspension mit Anklagebeschluss .....	182
	c) Suspendierung im Ermessen des Gerichts .....	183
	d) Keine Veränderung der rechtlichen Stellung .....	183
6)	Einreden des Angeklagten .....	183
	a) Forideclinatorische Einreden .....	184
	b) Dilatorische Einreden .....	184
	c) Peremtorische Einreden .....	184
	d) Einrede des Angeklagten vor den ordentlichen Gerichten .....	184
7)	Möglichkeiten des StGH bei verfahrensrechtlichen Lücken .....	185
	a) Durch Vorschriften des Strafprozessrechts .....	185
	b) Selbständige Regelungen/Keine Vorschriften der Strafprozesspraxis .....	186

8) Bedeutung von § 135 Nr. 2 VU bei Anklagen gegen Ständemitglieder .....	187
9) Gang der Urteilsfindung/Inhalt des Urteils .....	188
a) Abstimmungsverfahren .....	189
b) Urteilsfindung .....	189
10) Die einzelnen Sanktionsmöglichkeiten des Gerichts .....	190
a) Verweis .....	190
b) Geldstrafen .....	191
c) Suspension .....	192
d) Entfernung vom Amte .....	193
e) Zeitliche oder immerwährende Ausschließung von der Landstandschaft .....	194
f) Kritik und Zustimmung zu den Bestrafungsmöglichkeiten .....	194
g) Die potentielle Erweiterung des Strafenkatalogs .....	195
h) Bedeutung von § 203 Abs. 2 VU/Höchste Strafe .....	195
i) Zulässigkeit der Kumulierung von Strafen .....	196
j) Anwendung von Zwangsmitteln .....	197
k) Möglichkeiten des StGH, zu Schadensersatz und Übernahme der Kosten zu verurteilen .....	197
11) Bedeutung von Revision und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	198
a) Revision .....	198
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	199
c) Für beide Rechtsmittel aufgeworfene Fragestellungen .....	200
d) Möglichkeit anderer Rechtsmittel .....	200
e) Rechtsmittel und ein möglicher Devolutiveffekt .....	200
f) Rechtsmittel und die Einhaltung bestimmter Fristen ..	201
g) Rechtsmittel von Klägern und anderen Personen .....	201
12) Rechtskraft und Vollstreckbarkeit der Urteile .....	202
13) Reaktionen auf Vollzugshindernisse .....	203
14) Abolitionsrecht .....	203
15) Begnadigungsrecht .....	204
a) Der württembergische Weg .....	204
b) Kein Begnadigungsrecht .....	205
c) Freies Begnadigungsrecht .....	205
d) Beschränktes Begnadigungsrecht .....	206
16) Möglichkeiten eines aus dem Amt entfernten Staatsdieners .....	207
§ 5 Versuche zur Reform der bestehenden Regelungen bis 1918 .....	208

I.	Einfluss der Reichsjustizgesetze auf die Bestimmungen der Einzelstaaten nach 1871 .....	209
II.	Die Ministerverantwortlichkeit im Verhältnis der Einzelstaaten zum Deutschen Reich .....	209
	a) Anklagemöglichkeit von württembergischen Ministern vor dem StGH bei Verletzung der RV .....	209
	b) Verantwortlichkeit für Instruktionen an die Mitglieder des Bundesrats .....	120
III.	Veränderungen innerhalb Württembergs .....	213
	a) Versuch der Reformierung nach Vorbild Badens .....	213
	b) Verantwortlichkeit der übrigen Beamten durch die Beamtengesetze von 1876 .....	221
	c) Änderung des § 185 VU .....	223
§ 6	Streitfälle im Einzelnen von 1815 bis 1918 .....	224
I.	Antrag des Abgeordneten Keßler gegen den Finanzminister Weckherlin im Jahre 1823 .....	224
II.	27. Juni 1850: Freiherr von Wächter-Spittler .....	226
	1) Vorgeschichte .....	227
	a) Der Angeklagte Karl Eberhard Freiherr von Wächter-Spittler .....	227
	b) Gutachten zu der geplanten Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt .....	228
	aa) Rücktritt des Reichsverwesers und neue Kräftekonzentration .....	228
	bb) Gutachten Wächter-Spittlers .....	228
	c) Die Grundlinien einer neuen deutschen Verfassung in der Übereinstimmung .....	229
	aa) Betrachtung aus verfassungsrechtlicher Sicht .....	229
	bb) Außenpolitische Erwägungen .....	230
	d) Die Haltung der verfassungsrevidierenden Landesversammlung .....	230
	aa) Die Landesversammlung hält den Deutschen Bund für aufgelöst .....	230
	bb) Die Antwort des Ministers .....	231
	cc) Schreiben des Gesamtministeriums an den Ausschuss der Landesversammlung .....	232
	e) Versammlung der Bevollmächtigten der Deutschen Staaten in Frankfurt .....	233
	aa) Auffassung des württembergischen Bevollmächtigten zum Charakter der Versammlung .....	233

bb) Weisung des Ministers an den Bevollmächtigten .	233
2. Der Prozessverlauf .....	233
a) Sitzung am 4. Juli 1850 .....	233
aa) Teilnehmende Mitglieder .....	233
bb) Bestellung der Referenten nach § 201 VU.....	235
b) Verhandlung am 10. Juli 1850 .....	236
aa) Bedeutung des § 199 Abs. 2 VU .....	236
bb) Klagelegitimation der Landesversammlung .....	238
cc) Zuständigkeit des StGH gemäß des Anschuldigungsgrunds und Demission des Beklagten .....	238
c) Verhandlung am 16. Juli 1850 .....	240
aa) Prozessart vor dem StGH .....	240
bb) Notwendigkeit einer Vorprüfung .....	243
d) Verhandlung am 20. Juli 1850 .....	250
e) Verhandlung am 27. Juli 1850 .....	255
f) Verhandlung am 3. August 1850 in öffentlicher Sitzung .....	261
aa) Argumentation der Anklage .....	262
bb) Verteidigung des Angeklagten .....	265
g) Verhandlung am 3. September 1850 .....	268
3) Verhandlung am 4. September 1850 und Abstimmungsergebnis .....	271
4) Die materiellen Lehren des Prozesses .....	273
a) Politische Schwerpunktsetzung/Stände ohne Mitwirkungsrecht bei Bundesbeschlüssen .....	273
b) Die Gedanken der Volkssouveränität im Duell mit dem Legitimus .....	273
III. Einschätzung der Literatur/Präventive Wirkung des StGH ...	274
B. Andere Vorformen der Verfassungsgerichtsbarkeit in Württemberg von 1815 bis 1918 .....	276
§ 1 Wahlprüfung .....	276
I. Theoretische Grundlage .....	276
II. Geschichte .....	278
1) Königlicher Verfassungsentwurf von 1815 .....	279
2) Ständischer Verfassungsentwurf von 1816 .....	279
3) Königlicher Verfassungsentwurf von 1817 .....	280
III. Regelungen in der Verfassung von 1819 .....	281
1) Ablauf der Wahlprüfung .....	281
a) Vorläufige Prüfung .....	282



b) Endgültige Prüfung .....	284
c) Entscheidungsinhalt einer Wahlprüfung .....	285
2) Geeignetheit von Ständekammern bzw. des Landtags zur Vornahme der Wahlprüfung .....	286
IV. Reformüberlegungen bis 1918 .....	287
1) Anstöße aus der Literatur .....	287
2) Übertragung der Prüfung angefochtener Wahlen an den Gerichtshof in anderen Staaten .....	287
3) Veränderungen in Württemberg .....	288
§ 2 Verfassungsstreitigkeiten/Organstreitigkeiten .....	289
I. Geschichte/Dogmatik .....	289
II. Regelungen in den Verfassungsentwürfen 1815 bis 1817 .....	290
1) Königlicher Verfassungsentwurf von 1815 .....	290
2) Ständischer Verfassungsentwurf von 1816 .....	290
3) Der Königliche Verfassungsentwurf von 1817 .....	290
III. Regelung in der Verfassung von 1819 .....	292
1) Zuständigkeit des Bundesschiedsgerichts ab 1834 .....	293
2) Zuständigkeit des Bundesrates ab 1871 .....	294
IV. Entwicklung bis 1918 .....	295
§ 3 Beschwerden .....	296
I. Geschichte/Dogmatische Grundlagen .....	296
II. Ständebeschwerde .....	299
1) Entwicklung in Württemberg vor 1815 .....	299
2) Regelungen in den Verfassungsentwürfen von 1815 bis 1817 .....	301
a) Königlicher Verfassungsentwurf von 1815 .....	301
b) Ständische Verfassung von 1816 .....	302
c) Königlicher Verfassungsentwurf von 1817 .....	302
3) Regelungen in der Verfassung von 1819 .....	303
a) Formelle Voraussetzungen .....	305
b) Materielle Voraussetzungen .....	305
c) Antwortpflicht .....	306
d) Rolle des Geheimen Rats .....	306
III. Individualbeschwerde .....	307
1) Die Individualbeschwerde in den Verfassungen vor 1819 ..	307
a) Königlicher Verfassungsentwurf von 1815 .....	307
b) Ständischer Verfassungsentwurf von 1816 .....	307
c) Königlicher Verfassungsentwurf von 1817 .....	309
2) Die Regelungen in der Verfassung von 1819 .....	309
a) Beschwerdegrund .....	310

	b) Beschwerdestelle .....	311
	aa) Unzuständigkeit der Behörde .....	311
	bb) Begrifflichkeit der letzten Instanz .....	311
	c) Formvorschriften/Fristen .....	312
	d) Anspruch auf Nennung von Gründen nach § 37 VU ..	312
IV.	Der Spezialfall der Verfassungsbeschwerde .....	313
	1) Regelungen in den Verfassungsentwürfen zwischen 1815 und 1817 .....	313
	2) Regelungen in der Verfassung von 1819 .....	314
	a) Beschwerdeberechtigte .....	314
	b) Formelle Voraussetzungen .....	315
	c) Materielle Voraussetzungen .....	315
	d) Ausschluss eines Rechtsbehelfs .....	316
	e) Rechtsfolgen der Verfassungsbeschwerde .....	317
	3) Recht der Beschwerde bis 1871 in der Praxis .....	317
	4) Vergleichbarkeit des § 38 VU mit heutigen Rechtsmöglichkeiten .....	318
V.	Klage wegen Justizverweigerung oder Justizverzögerung .....	318
VI.	Verletzung/Vorenthaltung der in der Bundesakte verwilligter Rechte .....	319
VII.	Petitionsrecht .....	320
	1) Dogmatik .....	321
	2) Petitionsberechtigte .....	321
	3) Adressat der Petitionen .....	322
	4) Bindung an bestimmte Fristen und Formen .....	322
	5) Materielle Voraussetzungen .....	322
	6) Petitionen im Deutschen Bund .....	323
VIII.	Begnadigungsgesuch .....	323
	1) Allgemeine Bemerkungen .....	323
	2) Grund der Begnadigungsmöglichkeit .....	323
	3) Materielle Voraussetzungen der Begnadigung .....	324
	4) Formelle Voraussetzungen an das Begnadigungsgesuch ..	324
IX.	Reformen bis 1918 .....	325
	1) Verfassungs-Gesetz vom 1. Juli 1876 Art. 6 .....	325
	a) Bildung eines Staatsministeriums .....	325
	b) Neue Rolle des Geheimen Rates .....	325
	2) Gesetz vom 16. Dezember 1876 .....	326
	a) Verweisung an die Verwaltungsgerichte .....	326
	b) Einschränkung der Rechtsbeschwerde durch die Verwaltungsbeschwerde .....	326

c) Erweiterung der Verwaltungsbeschwerde durch die Rechtsbeschwerde .....	327
3) Einfluss der Reichsgesetze .....	328
C. Vergleich mit den anderen Staaten Süddeutschlands zwischen 1815 und 1918 .....	328
§ 1 Bayern .....	328
§ 2 Baden .....	333
§ 3 Hohenzollern-Sigmaringen .....	340
D. Verantwortlichkeit von Ministern und Abgeordneten in Württemberg von 1919 bis 1933 .....	342
§ 1 Verfassungsentwicklung in Württemberg .....	342
§ 2 Regelungen in der Verfassung von 1919 .....	343
E. Andere Vorformen der Verfassungsgerichtsbarkeit in Württemberg von 1919 bis 1933 .....	353
§ 1 Wahlprüfungsverfahren .....	353
§ 2 Volksbegehren .....	356
§ 3 Verfassungsstreitigkeiten/Organstreitigkeiten .....	357
I. Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich ...	357
II. Einschätzung der Literatur .....	359
§ 4 Petitions- und Beschwerderecht/Verfassungsbeschwerde .....	361
§ 5 Streitigkeiten im Einzelnen .....	361
I. Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich .....	362
1) Entscheidung vom 22. Januar 1922/ Untersuchungsausschuss .....	362
2) Entscheidung vom 22. März 1929/Ungültigkeits- erklärung von Art. 20 Abs. 2 LWG .....	363
3) Entscheidung vom 18. Februar 1930/Enthaltungen, Vergleich zur Reichsverfassung .....	365
4) Entscheidung vom 28. April 1931/Fideikommisse .....	367
5) Entscheidung vom 24. Oktober 1932/Ungleichheit bei Gemeinderatswahl .....	368
II. Württembergischer Staatsgerichtshof .....	370
1) Entscheidung vom 20. April 1921/Wahlbeeinflussung durch einen Pfarrverweser .....	370
2) Entscheidung vom 20. April 1921/Wahlanfechtung wegen Nichtbeachtung des Wahlverfahrens .....	371
3) Entscheidung vom 20. April 1921/Verlust der Landtagsmitgliedschaft wegen Spaltung der Partei .....	373
4) Verfügung vom 25. April 1921/Erfolgreiche Anfechtung einer Landtagswahl .....	374

5) Entscheidung vom 15. September 1921/Verlust des Landtagsmandats wegen Parteiausschluss .....	375
6) Entscheidung vom 6. Oktober 1924/Unzulässigkeit von Unterverbindungen .....	375
7) Entscheidung vom 3. Mai 1926/Einleitung eines Strafverfahrens, Entzug des Landtagsmandats .....	378
8) Entscheidung vom 6. Juni 1929/Folgen des Urteils des Staatsgerichtshofs in Leipzig .....	380
9) Entscheidung vom 20. März 1931/Gründe für Entzug des Landtagsmandats .....	382
F. Vergleich mit den anderen Staaten Süddeutschlands nach 1918 .....	383
§ 1 Bayern .....	383
§ 2 Baden .....	385
G. Verfassungsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg nach 1945 .....	386
Schlussbetrachtung .....	393
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	397
Abkürzungsverzeichnis .....	435